

Drei Jahre, die ein Land veränderten

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **40 (1948)**

Heft 9

PDF erstellt am: **03.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353350>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
BEILAGE „BILDUNGSARBEIT“
MITTEILUNGSBLATT DER SCHWEIZERISCHEN ARBEITERBILDUNGSZENTRALE

HEFT 9 . SEPTEMBER 1948 . 40. JAHRGANG

Drei Jahre, die ein Land veränderten

Soeben hat die Labourregierung das vierte Jahr ihres parlamentarischen Kampfes mit der konservativen Opposition eingeleitet. Da mag es am Platze sein, Rückschau über die in den zurückliegenden drei Jahren geleistete Arbeit zu halten und zu prüfen, ob durch diese wirklich, wie es die kapitalistische Presse allerorten behauptet, das Land «ruiniert» wird oder ob nicht vielmehr diese Arbeit allein den Ruin des Landes verhindert und den Wiederaufstieg ermöglicht.

Jede Betrachtung der Wirksamkeit der Regierung Attlee muss von den gigantischen objektiven Schwierigkeiten ausgehen, mit denen sie von allem Anfang an bei der praktischen Verwirklichung der Grundsätze des demokratischen Sozialismus zu kämpfen hatte. Manchmal schien sich alles gegen sie verschworen zu haben, nicht zuletzt Wind und Wetter. Verarmt infolge des vollen Kriegseinsatzes Grossbritanniens, der alle Reserven und ausländischen Investitionen aufzehrt, steht das Land in der Mitte zwischen den beiden Kolossen, der Sowjetunion und den kapitalistischen Vereinigten Staaten. Das bedeutet aber bei weitem noch nicht, dass es leicht ist, eine Politik der Mitte, eine Politik des Ausgleiches der Gegensätze zu machen. Die inzwischen zur hasserfüllten Feindschaft gesteigerte Unfreundlichkeit Moskaus einer Regierung gegenüber, die den Kommunisten doch zumindest als das von ihrem Standpunkt kleinere Uebel erscheinen müsste, und auf der andern Seite die nur langsam von den Verfechtern des Marshall-Plans niedergekämpfte Verständnislosigkeit weiter amerikanischer Kreise für die Notwendigkeiten des europäischen Wiederaufbaus auf Grundlagen, die sich von den in Amerika gangbaren unterscheiden: das alles ist dazu angetan, die Arbeit einer sozialistischen Regierung auf den britischen Inseln, die noch dazu mit einer auf Klassenegoismus und eingewurzelte Vorurteile spekulierenden lärmenden

den Opposition im Lande zu ringen hat, aufs äusserste zu erschweren. Trotz alledem ist es der Arbeiterregierung bisher gelungen — auch wenn die Siegestimmung vom Juli 1945 längst einer Ernüchterung Platz gemacht hat —, alle Nachwahlen zu gewinnen. Es ist seit Generationen nicht vorgekommen, dass eine Regierung in Grossbritannien durch drei Jahre bei Nachwahlen nicht einen einzigen Sitz verliert; die Labourregierung hat es vollbracht.

Das bedeutet nicht, dass ihre Alltagsarbeit nicht auch in den eigenen Reihen auf Kritik stösst, dass nicht auch sehr ernste Fehler geschehen, und es bedeutet angesichts der Bestimmungen des britischen Wahlrechts, bei dem kleine Verschiebungen in der Stimmenzahl grosse Auswirkungen haben können, noch lange nicht, dass die Labour Party bei den nächsten Wahlen im Jahre 1950 ihre heutige parlamentarische Mehrheit bestimmt wieder erhält. Aber es ist doch ein ungewöhnlicher Vertrauensbeweis, der nicht möglich wäre ohne vorausgegangene reale Leistungen, die die Wählerschaft fühlt und anerkennt. Es ist in erster Linie die durch die Anstrengungen der Arbeiterregierung erzielte *Vollbeschäftigung* in einem Lande, in dem die Massenarbeitslosigkeit einer nicht zu fernen Vergangenheit noch immer ein Schreckgespenst ist. Gegenwärtig leidet England an einem grossen Arbeitermangel. Im Mai 1948 gab es 290 000 Arbeitslose, drei Jahre nach dem ersten Krieg hat es deren 2 Millionen (von einer kleineren Bevölkerungszahl) gegeben — diese Gegenüberstellung sagt fast alles. Im Lichte dieser Tatsache verblassen auch gewisse Schattenseiten des heutigen Lebens in England, die sich aus den Nachkriegsschwierigkeiten und der Dollarknappheit ergeben: der Mangel an vielen Bedarfsartikeln und die Unzulänglichkeit vieler Einkommen.

Löhne und Gewerkschaften

Im Einklang mit der britischen Gewerkschaftszentrale (TUC) vertritt die Regierung den Standpunkt, dass die Zeit zu einer allgemeinen Erhöhung der Löhne und Gehälter — abgesehen vom Ausgleich gewisser schreiender Ungerechtigkeiten — noch nicht gekommen sei, dass einem solchen Schritt eine Herabsetzung der Gestehungskosten und der Verkaufspreise und eine fühlbare Ausweitung der Produktion — also eine Erhöhung des Wertes der Löhne — vorangehen und dass insbesondere das Bemühen nach Vergrösserung des Exportes, der jetzt 130 Prozent des Vorkriegsniveaus erreicht, noch stärkere Erfolge bringen müsse. Eine faktische Verbesserung für viele Arbeiterkategorien brachte die Einführung des garantierten Wochenlohns, zum Beispiel für Bauarbeiter und Docker. Es sei an dieser Stelle vermerkt, dass sich die britische Gewerkschaftsbewegung unter der Labourregierung

eine Machtposition errungen hat, die sie niemals vorher besass; der Einfluss der Gewerkschaften auf die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist bedeutend. Bei voller Wahrung ihrer Unabhängigkeit unterstützt die Gewerkschaftsbewegung die Arbeiterregierung nach Kräften. Sie tut dies, wie der letzte Gewerkschaftskongress in Margate wieder bewiesen hat, auf Grund der demokratischen Entscheidung ihrer Organe und ohne die Interessen der organisierten Arbeiter zu vernachlässigen; dadurch unterscheidet sie sich grundlegend von den Zwangsgewerkschaften, die in den sogenannten « volksdemokratischen » Ländern nichts anderes als Antreiberorganisationen sind, die sich um die Interessen ihrer Mitgliedschaft nicht kümmern. Uebrigens war es eine der ersten Regierungshandlungen Attlees, für die Beseitigung der die Tätigkeit der Gewerkschaften einschnürenden früheren Gesetzgebung zu sorgen. Die « wilden Streiks » in England, von denen man soviel liest, richten zwar manchen Schaden an, ihre Bedeutung wird aber überschätzt. In den 18 Monaten, die dem ersten Weltkrieg folgten, gingen $39\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren, in der gleichen Periode nach dem zweiten Weltkrieg nur $3\frac{3}{4}$ Millionen.

Wohnungs- und Ernährungsfragen

Wie überall ist auch in England der Mangel an Wohnungen eine ernste Sorge; hier wird sie aber besonders durch die ausgedehnten Bombenschäden verschärft. Die Labour Party hat in ihrem Wahlprogramm der Wählerschaft die energische Bekämpfung der Wohnungsnot versprochen, und sie hat dieses Versprechen gehalten: die erste Etappe des Programms, das sich die Regierung gesetzt hatte, nämlich 750 000 Wohnungen zu erstellen, ist trotz der ungeheuren Schwierigkeiten in bezug auf die Beschaffung des Baumaterials (Holz und Stahl) erfüllt. 750 000 Familien wurden in Wohnungen untergebracht, teils in neuerbauten permanenten Häusern, teils in provisorischen Häusern, die aber allen modernen Anforderungen gerecht werden, und teils in wiederhergestellten bombengeschädigten. Gemessen an dem riesigen Wohnungsbedarf ist das natürlich noch lange nicht genug, unter den obwaltenden Schwierigkeiten ist das aber eine höchst bemerkenswerte Leistung, zumal die Arbeiterregierung bewusst darauf hinzielt, Volkswohnungen zu schaffen und nicht zuzulassen, dass die Interessen der breiten Volksmassen auf diesem Gebiet durch die Luxuswohnbedürfnisse der Begüterten geschädigt werden. Die Vorschriften über die Zuteilung von Baustoffen und die Uebertragung der Wohnungsvergebung an die Gemeinden liefern die entsprechenden Möglichkeiten hierzu. Das Ausmass des hier Geleisteten kommt in einer einzigen Gegenüberstellung zum Aus-

druck: In der vom Krieg schwer heimgesuchten Hafenstadt Plymouth wurden in den ersten zwei Jahren nach Kriegsende Wohnungen für 2000 Familien beschafft, in den zwei Jahren nach dem ersten Weltkrieg — 17. Entsprechende gesetzliche Vorkehrungen der letzten Jahre entziehen Grund und Boden der kapitalistischen Spekulation und machen eine planmässige Errichtung neuer Städte und Industriezentren und damit eine gesündere städtebauliche Entwicklung als bisher möglich.

Im Mittelpunkt der Erwägungen aller England besuchenden Ausländer steht das Ernährungsproblem. Dem Fremden präsentiert es sich meist nur in der Eintönigkeit des in den Gaststätten Gebotenen, und er kann es schwer verstehen, warum die Rationierungsvorschriften noch drei Jahre nach Kriegsschluss kaum gelockert wurden. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Gewiss, die Zuteilungen sind nicht gross, aber das liegt an Faktoren, auf die keine britische Regierung Einfluss hat. Vor die Wahl gestellt, das Vorhandene gerecht aufzuteilen oder die Aufteilung dem berühmten « freien Spiel der Kräfte » zu überlassen, hat sich die Arbeiterregierung für die erste Alternative entschieden. Es hat nicht nur jeder den gleichen Anteil an den im Land erzeugten und den eingeführten Lebensmitteln, sie sind auch infolge der Preispolitik der Regierung jedem zugänglich, die die Preise der wichtigsten Lebensmittel (Fleisch, Speck, Mehl, Brot, Tee, Zucker, Milch, Kartoffeln, Margarine, Butter, Käse und Eier) durch Subventionierung niedrighält und so die Reichen auf dem Umweg über die Besteuerung zur Beitragsleistung für die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten zwingt. Das ist keine bewusst eingeführte sozialistische Planung, sondern eine aus den Notwendigkeiten des Augenblicks geborene Massnahme, die aber von der Labourregierung geschickt, unter lautem Protest der Konservativen, als ein Mittel zur gerechteren Aufteilung des Nationaleinkommens benützt wird. Es handelt sich da um Summen, die sowohl in der Gesamtwirtschaft als auch in der Wirtschaft des Einzelnen deutlich fühlbar sind. Die Zuschüsse zur Niedrighaltung der Lebensmittelpreise erfordern fast einen Betrag von einer halben Milliarde Pfund jährlich (1 Pfund = 20 Schilling = 17 Franken). Sie bedeuten einen Staatszuschuss an jeden Bürger von 8 Pfund jährlich und setzen die Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Familie um $12\frac{1}{2}$ Schilling (etwa Fr. 10.72) wöchentlich herab. Wenn man sich dazu vor Augen hält, dass jetzt alle Schulkinder gratis Milch in der Schule und für einen Betrag von etwa 45 Rp. ein ausgiebiges Mittagessen erhalten, versteht man, dass es der Arbeiterregierung gelingen konnte, durch sozial gerechte Aufteilung des Vorhandenen eine Erhöhung des Lebensniveaus der arbeitenden Schichten herbeizuführen, obwohl jetzt auf den Einzelnen weniger Fleisch und Fett entfällt als vor dem Kriege. Dafür wurde 1947 in Gross-

britannien 60 Prozent mehr Milch und 56 Prozent mehr Marmelade konsumiert als 1938 — es wächst trotz aller nötigen Einschränkungen ein gesünderes Geschlecht heran als in der Vorkriegszeit. An diesen herzerfreuenden Tatsachen, die die praktischen Auswirkungen der sozialistischen Politik auf das Leben des Einzelnen zeigen, wird alle antisozialistische Demagogie der bürgerlichen Presse zuschanden.

Dabei hat die allüberall als « bauernfeindlich » verschriene Arbeiterbewegung in England mehr als jedes vorhergegangene Regime für die Interessen der Landwirtschaft getan. Das Landwirtschaftsgesetz vom Jahre 1947 bestimmt, dass die Regierung alljährlich im voraus die dem Produzenten zu zahlenden Preise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben festzusetzen hat; auch die Uebernahmepreise für Fettstoffe, Milch und Eier werden zum vornherein fixiert und Mindestpreise und -quantitäten auf zwei Jahre hinaus festgelegt, abgesehen von einer grossen Reihe weiterer Massnahmen, die dazu bestimmt sind, den Landwirt der Tagessorgen zu entheben.

Sozialistische Steuerpolitik

Wir haben schon von den Bemühungen nach gerechter Aufteilung des Nationaleinkommens gesprochen. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Steuerpolitik. Seit der Kriegszeit wird in Grossbritannien eine sehr hohe, progressiv gestaffelte Einkommenssteuer erhoben. Die Tendenz der sozialistischen Finanzminister Dalton und Cripps war und ist es, die Steuersätze für die wirtschaftlich schwachen Schichten der Bevölkerung zu senken. Mehr als drei Millionen Menschen wurden durch diese Politik bisher von jeder Steuerleistung überhaupt befreit!

Nationalisierung der Produktion

Ein Kernstück der Politik der Labour Party ist die Nationalisierung, die Ueberführung wichtiger Produktionszweige in die Hände der Allgemeinheit. Mit der Verstaatlichung der *Bank of England* hat es begonnen. Gleichzeitig wurde ihr und damit praktisch dem Finanzminister die Berechtigung gegeben, den vorläufig in Privatbesitz verbleibenden Handelsbanken bindende Weisungen für die Kreditgewährung zu erteilen. In dieser unscheinbaren Bestimmung (von der bisher gar nicht Gebrauch gemacht werden musste, da die Wünsche der Regierung auch ohne Berufung auf das Gesetz respektiert wurden) verbirgt sich die Grundlage für eine spätere Kreditlenkung durch den Staat; kein Wunder, dass die Konservativen für den Fall eines kommenden Wahlsieges ihre Abschaffung in Aussicht gestellt haben. Die durch private, die Er-

holung des Landes ernstlich gefährdende Misswirtschaft vernachlässigten britischen *Kohlengruben* befinden sich seit ihrer Uebernahme durch den Staat am Neujahrstag 1947 endlich in einem Zustand der, wenn auch langsamen, Aufwärtsentwicklung. Bisher war die Förderung stetig zurückgegangen, und es war auch unmöglich, diesem für das Land unermesslich wichtigen Industriezweig neues Blut zuzuführen. Nach der Durchführung der Verstaatlichung sind die Produktionsziffern zum erstenmal wieder gestiegen. Im Jahre 1947 wurde das von der Regierung festgesetzte Produktionsziel von 200 Millionen Tonnen erreicht, und es besteht gute Aussicht dafür, dass die für 1948 festgesetzten 211 Millionen Tonnen Kohle auch tatsächlich gefördert werden. Langsam steigt auch wieder die Zahl der Bergarbeiter, denen sich ausser dem Bewusstsein, nicht mehr für privaten Profit zu arbeiten, noch der materielle Anreiz der Fünftagewoche bietet, die nach der Nationalisierung der Gruben eingeführt wurde. In einem Land wie England, wo die öffentliche Meinung sehr lebhaft, wenn auch naturgemäss nicht immer sachkundig, auf alle Ereignisse reagiert, bilden alle mit dem Bergbau zusammenhängenden Fragen stets Diskussionsgegenstand; darum werden auch die Schwierigkeiten, denen sich der nationalisierte Bergbau nicht entziehen kann und die meist die Folgen alter Sünden sind, in der Öffentlichkeit immer wieder erörtert, aber auch dem schärfsten Kritiker der Regierungsmassnahmen ist es noch nicht gelungen, einen besseren Weg zur Gesundung dieser für das Land lebenswichtigen Industrie aufzuzeigen.

Inzwischen wurden auch das *zivile Flugwesen*, die *Uebersee-Telegraphen-Kompagnie* « Cable and Wireless », die gesamten *Elektrizitätswerke* und die *Gaswerke* in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt. Der grösste Schritt auf diesem Gebiet war aber bisher — neben der Grubenverstaatlichung — die *Nationalisierung des Transportwesens*. Am 1. Januar 1948 ist der gesamte Verkehr in Grossbritannien in die Hände des Staates übergegangen. Es wurden nicht nur die bis dahin sich durchwegs in Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen mit allen angeschlossenen Betrieben, zu denen auch eine Reihe grosser und moderner Hotels gehört, sondern gleichzeitig auch die Kanalschifffahrt, der Ueberlandautobusverkehr und der Strassentransport von Gütern verstaatlicht, zusammen mit den Verkehrsunternehmen der Hauptstadt London, die schon vorher von der öffentlichen Hand verwaltet worden waren. Die Nationalisierung sowohl des Schienen- als auch des Strassenverkehrs schafft das komplizierte Problem der Konkurrenz zwischen den beiden aus der Welt.

Die Leitungen der nationalisierten Produktionszweige haben neugeschaffene Körperschaften inne, deren Mitglieder vom Ressort-

minister bestellt werden. Unter den Ernannten müssen auch Personen mit Erfahrung in der Organisation von Arbeitern sein — hier kommt der neue Geist der englischen Gesetzgebung zum Ausdruck. Eine Reihe prominenter Gewerkschaftsfunktionäre wurde in diese leitenden Körperschaften berufen (so zum Beispiel Lord Citrine, der frühere Generalsekretär der Gewerkschaftszentrale und Vorsitzende des IGB), aber sie üben ihre Funktion unabhängig und nicht als Exponenten der Bewegung aus, der sie entstammen. Das hat zu zahllosen Debatten darüber geführt, ob nicht eine verstärkte und vor allem eine offizielle Vertretung der Gewerkschaften in der Leitung der nationalisierten Betriebe anzustreben wäre. Die Ansichten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sind da sehr geteilt, die Mehrheit scheint dem Gedanken einer direkten Vertretung und damit der Uebernahme der Verantwortung für die gesamte Gebarung der Industrie abhold zu sein.

Ein Punkt des Verstaatlichungsprogramms der Regierung Attlee ist noch offen: *Eisen und Stahl*. Die diesbezügliche Gesetzesvorlage wird das Parlament in den nächsten Wochen und Monaten beschäftigen. Bis dahin werden die Sabotagemöglichkeiten des vorwiegend konservativen Oberhauses entsprechend eingedämmt sein. Aber hier wird es zweifellos ein hartes Ringen geben; denn wenn die Arbeiterpartei durch die bisherigen gesetzgeberischen Akte die Bastionen des Kapitalismus eigentlich nur unterminiert hat, bedeutet die Nationalisierung im Sektor Eisen und Stahl einen Frontalangriff auf diese Bastionen durch einen Schritt, der an die Wurzeln des Systems greift.

Vor kurzem hat in den Reihen der Labour Party die Diskussion darüber eingesetzt, mit welchem Programm für weitere Nationalisierungen man das nächstemal vor die Wähler treten soll. Die Versicherungsgesellschaften, der Schiffsbau sowie die Auto- und Flugzeugproduktion stehen im Vordergrund der Erwägungen. Für die Arbeiterpartei ist die Nationalisierung nicht, wie es oft dargestellt wird, ein Ziel an sich, dem sie in doktrinärer Verbohrtheit nachjagt, sie ist ihr *Mittel zum Zweck* und unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung der britischen Wirtschaft und den Aufbau eines sozialistischen Staates.

Auch für die Organisation der Industriezweige, die von den Nationalisierungsmassnahmen unberührt bleiben, ist durch ein Gesetz aus dem Jahre 1947 vorgesorgt worden. Hier sollen offiziell eingesetzte Beiräte, in denen alle interessierten Gruppen vertreten sind, Vorschläge für die Modernisierung und für die Erhöhung der Produktivität erstatten. Trotzdem wird natürlich, solange ein beträchtlicher Teil der Industrie in privaten Händen bleibt, die Aufstellung eines gesamtstaatlichen Produktionsplans, dessen Grossbritannien dringend bedarf, schwer möglich sein.

Soziale Sicherheit

Man hat oft von der « stillen Revolution » gesprochen, die sich in Grossbritannien seit der Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch C. R. Attlee abspielt. Auf keinem Gebiet trifft das so zu wie im Bereiche der Sozialversicherung und Gesundheitspflege. Der 5. Juli 1948 ist auf den britischen Inseln ganz friedlich verlaufen; er war ein normaler Arbeitstag wie jeder andere, und doch haben sich umstürzlerische Dinge ereignet. Es ist die *Sozialversicherung der gesamten Bevölkerung* in Kraft getreten und überdies das *Gesundheitswesen sozialisiert* worden. Praktisch bedeutet das die Verwirklichung von sozialer Sicherheit für das ganze Volk, für jeden Einzelnen von der Wiege bis zum Grabe. Die Arbeiterregierung hat die seinerzeitigen Vorschläge Beveridges in die Tat umgesetzt, die bestehenden unzulänglichen Vorschriften über die Sozialversicherung vereinheitlicht und sowohl den Kreis der einbezogenen Personen als auch die Leistungen bedeutend erweitert. (Unsere Leser finden eine ausführlichere Darstellung über diese Frage im Artikel « Soziale Sicherheit in England » in dieser Nummer.)

Es wird natürlich noch Jahre, ja Jahrzehnte dauern, bis der durch kein Gesetz über Nacht aus der Welt zu schaffende Mangel an Aerzten, besonders Fachärzten, und Krankenpflegerinnen beseitigt, die vorgesehenen Gesundheitszentren errichtet und die Altersheime aufgebaut sein werden, die an Stelle der Armenhäuser treten sollen. All das ist nur zu verwirklichen, wenn Grossbritannien und der Welt eine lange Periode des Friedens und des friedlichen Aufbaus gegönnt ist, und das britische System der sozialen Sicherheit wird nur dann voll wirksam werden können, wenn Vollbeschäftigung und Prosperität seine finanziellen Grundlagen sichern. Mit andern Worten: Wenn Grossbritannien auf dem Wege der Umformung in ein sozialistisches Land mit vergesellschafteter und geplanter Produktion energisch weiterschreitet. Heute hat niemand mehr die Illusion, dass man in einem hochkapitalistischen Land ein soziales Paradies mit voller Gerechtigkeit für die arbeitenden Menschen aufbauen kann, ohne die Grundlagen der Gesellschaftsordnung anzutasten.

Weitere Reformen

Es gibt kaum ein Gebiet des öffentlichen Lebens, an das sich der Reformeifer der Arbeiterregierung trotz Ueberinanspruchnahme durch die brennenden Sorgen des Tages nicht mit Erfolg herangemacht hätte. Erwähnen wir nur die Verlängerung des schulpflichtigen Alters von 14 auf 15 Jahre und die gesetzlichen Vorkehrungen zum Schutz und zur Pflege verwaarloster Kinder. Erwähnen wir die Modernisierung des Strafrechts und Strafvollzugs,

vor allem durch endliche Abschaffung der körperlichen Züchtigung in den Gefängnissen. Leider hat ein Versuch, die Barbarei der Todesstrafe abzuschaffen, mangels der notwendigen Unterstützung durch die öffentliche Meinung vorläufig noch keinen Erfolg gezeitigt.

Sozialistische Kolonialpolitik

Unser Ueberblick wäre nicht vollständig, wollten wir nicht die grundlegende Wandlung aufzeigen, die der Machtantritt der Labour Party im Bereich der Kolonialpolitik bedeutete: Er brachte die definitive Liquidierung des englischen Imperialismus. *Indien* mit 400 Millionen Einwohnern wurde frei, eine fernere Zukunft wird das vielleicht als das bedeutendste Ereignis des ganzen 20. Jahrhunderts oder zumindest seiner ersten Hälfte werten. Ob die beiden neuen Dominien Indien und Pakistan überhaupt im losen Verband des britischen Weltreiches verbleiben, ist im Augenblick noch ungewiss. *Burma* (17 Millionen Einwohner) wurde ein vollkommen freier und unabhängiger Staat. *Ceylon* verwaltet sich als ein Dominion nunmehr selbst, *Malta* ist auf dem Wege dazu. Ein neuer Geist ist in die britische Kolonialverwaltung eingezogen, der darauf dringt, dass überall, in Malaja wie auf Mauritius, auf den westindischen Inseln wie im afrikanischen Rhodesien, der eingeborenen Bevölkerung ein grösseres Mass an Mit- und Selbstverwaltung eingeräumt wird, dass ihr aber auch durch bessere soziale und sanitäre Verhältnisse, durch die Begünstigung der Bildung von Gewerkschaften, durch moderne Schulungs- und Bildungseinrichtungen die Möglichkeit der Emanzipation gegeben wird. Ein grosses Projekt ist im Aufbau begriffen: die Gewinnung von zusätzlichen Fettstoffen aus Erdnüssen in Afrika. Eine von Grossbritannien finanzierte öffentliche Korporation führt diesen Plan durch, dessen Triebfeder zwei ganz verschiedene Tendenzen sind, die sich aber nicht überschneiden, nämlich das Bestreben nach Erhöhung der Fettproduktion bei gleichzeitiger Einsparung von Dollars und das Bestreben nach Verbesserung des Lebensniveaus der Kolonialvölker. Wenn man weiss, dass zum Beispiel im Rahmen dieses Plans neue Musterdörfer für Neger angelegt werden sollen, sieht man gleich, welche gewaltige Möglichkeiten für eine angewandte sozialistische Kolonialpolitik sich hier ergeben.

Ein wunder Punkt in der britischen Politik ist seit Jahrzehnten die Frage der Beziehungen zu Irland, das heisst zum irischen Freistaat. Dank der Initiative der in den Augen der Iren nicht mit den Sünden der Vergangenheit belasteten Labourregierung ist es zum erstenmal zu einer britisch-irischen Annäherung und zu einer fruchtbaren wirtschaftlichen Zusammenarbeit gekommen. Mehr

darüber zu sagen, hiesse die Probleme der britischen Aussenpolitik anzuschneiden, wozu der uns zur Verfügung stehende Raum heute nicht ausreicht.

Demokratie der Weg, Sozialismus das Ziel

Die von uns geschilderten grundlegenden, ja geradezu revolutionären Reformen hat die Regierung Attlee durchgeführt, ohne die in autoritär geleiteten Staaten in solchen Fällen üblichen Reklametrommeln in Gebrauch zu nehmen. Ihr Versuch der stufenweisen Schaffung einer sozialistischen Ordnung in Grossbritannien erfolgt unter peinlicher Einhaltung aller demokratischen Spielregeln, ohne die geringste Tendenz zur Abschnürung der Möglichkeiten einer Kritik an ihrer Arbeit, und sei diese Kritik auch noch so gehässig. Er geht im Zeichen einer so tief verwurzelten Achtung für die Rechte des individuellen Bürgers vor sich, dass diese Achtung manchmal, wie zum Beispiel in der Frage der staatlichen Berufslenkung, fast die Ziele, die sich die Regierung im Interesse der Gesundung des Landes gesetzt hat, gefährdet. Niemals zuvor in der Geschichte ist der Versuch unternommen worden, in einem von 50 Millionen Menschen bewohnten Land unter den widrigsten äusseren Umständen *auf demokratische Weise* das Ideal der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit zu verwirklichen. Die letzten drei Jahre haben das Antlitz des hochkapitalistischen und konservativen Englands gründlich verändert, und zwei weitere Jahre intensiver Reformen stehen bevor, ehe Neuwahlen fällig sind. Selbst wenn diese wider Erwarten den Wahlsieg der Labour Party von 1945 nicht bestätigen sollten, lässt sich das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen und das Reich des unkontrollierbaren Kapitalismus nicht wiederherstellen. Grossbritanniens Zukunft steht und fällt mit der Fortsetzung des Aufbauwerkes, das die Regierung Attlee eingeleitet hat. Mehr noch: Die Zukunft der demokratischen Arbeiterbewegung aller Länder hängt von dem Gelingen des kühnen Experimentes ab, an dem die Labourregierung mit Tatkraft und verbissener Zähigkeit arbeitet.

J. W. Brügel, London.